

23.04.25

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zum Gesetz zur Verbesserung der Rückführung (Rckfhrungsverbesserungsgesetz)

Bundesministerium
des Innern
und für Heimat
Parlamentarischer Staatssekretär

Berlin, 23. April 2025

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin
Anke Rehlinger

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

zu der vom Bundesrat beschlossenen Entschließung zum Gesetz zur Verbesserung der Rückführung (Rckfhrungsverbesserungsgesetz), BR-Drs. 21/24(B) nimmt die Bundesregierung wie folgt Stellung:

Die Bundesregierung beobachtet die Anwendung des § 62d des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) und steht hierzu mit den Ländern im Austausch. Der Bundesregierung ist bekannt, dass sich die Länder insbesondere für die Aufnahme eines Zusatzes in § 427 Absatz 3 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) aussprechen, der es ermöglicht, dass eine einstweilige Anordnung auch schon vor der Beiordnung eines anwaltlichen Vertreters möglich ist (so auch die Forderung des Bundesrats auf S. 2 der Entschließung). Eine gesetzliche Klarstellung des Verhältnisses beider Vorschriften ist noch nicht erfolgt. Im übrigen sieht der

* siehe Drucksache 21/24 (Beschluss)

Entwurf des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und SPD für die 21. Legislaturperiode die Abschaffung des vor der Durchsetzung der Abschiebung verpflichtend beigestellten Rechtsbeistands vor.

Mit freundlichen Grüßen

Mahmut Özdemir